



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Pia-zolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Wid-mann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Grundlegende Reform für wirksamen europäischen Emissions-handel zeitnah auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der derzeit nahezu wirkungslose eu-ro-päische Emissionshandel grundlegend reformiert wird und hierfür unter anderem sehr zeitnah eine Marktstabilitätsreserve eingeführt wird, die auf realistischen Annahmen bezüglich des europäischen Stromverbrauchs fußt.

Begründung:

Das Ziel des europäischen Emissionshandels ist es, durch eine be-grenzte Zahl von Emissionsrechten einen Knappheitspreis für CO₂ zu erzeugen und damit Anreize für Investitionen in emissionsärmere Technologien zu schaffen. Aufgrund des enormen Zertifikate-Über-schusses wurde dieses Ziel bislang aber nie erreicht. Mittlerweile ist der strukturelle Überschuss auf 2,5 Mrd. Zertifikate angewachsen und wird bis zum Jahr 2020 voraussichtlich bei 3,8 Mrd. Zertifikaten liegen. Statt der ursprünglich angedachten 30 Euro pro Tonne CO₂ beträgt der Spotmarktpreis für CO₂-Zertifikate derzeit gerade einmal 6,90 Eu-ro pro Tonne CO₂. Der Emissionshandel ist damit fast völlig wirkungs-los.

Sowohl für die Energiewende als auch für den Klimaschutz ist das Verhältnis von Kohle- zu Gaskraftwerken in der Stromerzeugung von großer Bedeutung. Die im Vergleich zu Kohlekraftwerken höheren Brennstoffkosten der Gaskraftwerke könnten im Falle eines angemessenen CO₂-Zertifikatspreises kompensiert werden.

Die nur kurzfristige Entnahme von Zertifikaten aus dem Markt („back-loading“) ändert nichts am strukturellen Zertifikate-Überschuss. Notwendig wäre vielmehr eine grundlegende Reform des Emissionshandels inklusive der sehr zeitnahen Einführung einer Marktstabilitätsreserve. Bei der Festlegung der Schwellenwerte hierfür müssen unseres Erachtens aktualisierte, realistische Annahmen bezüglich des europä-ischen Stromverbrauchs zugrunde gelegt werden. Anders als von der EU-Kommission prognostiziert, ist der europäische Stromverbrauch in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern seit 2010 deutlich gesun-ken, was den Bedarf an CO₂-Zertifikaten zusätzlich verringert hat.